

Bundesarbeits-
gemeinschaft der
Seniorenorganisationen



bagso

Positionspapier

Mitentscheiden und Mitgestalten.

Politische Teilhabe
älterer Menschen fördern

Inhalt

Einleitung	3
1. Politik <i>für</i> ältere Menschen muss Politik <i>mit</i> älteren Menschen sein	4
2. Menschen sind nie zu alt, um sich in politischen Ämtern und Gremien zu engagieren	4
3. Seniorenorganisationen sind die Stimme der Älteren	5
4. Auf Bundes- und Landesebene sollten das Wissen und die Erfahrungen der Älteren gebündelt werden	6
5. Die Arbeit von Seniorenvertretungen braucht klare und verbindliche Strukturen	7
6. Interesse an politischer Teilhabe muss geweckt werden	8

Einleitung

Ältere Menschen engagieren sich in Verbänden und Vereinen, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und anderen Organisationen. Sie übernehmen politische Ämter und Verantwortung in langfristig angelegten, etablierten Strukturen. Sie engagieren sich aber auch in zeitlich befristeten Projekten, in Bürgerinitiativen oder sozialen Bewegungen. Neue Formen politischer Teilhabe wie Bürgerdialoge bieten ebenfalls Möglichkeiten der Partizipation für Seniorinnen und Senioren. Schließlich gewinnen digitale Formen der politischen Mitwirkung auch für die Älteren an Bedeutung.

Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es wichtig, den Menschen aller Generationen eine aktive Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen. Das gilt ausdrücklich auch für ältere und alte Menschen. Sie sind ein unverzichtbarer Teil der Gesellschaft. Hierbei sind auch die Potenziale der geburtenstarken Jahrgänge („Babyboomer“) zu berücksichtigen, die demnächst mit neuen Erfahrungen, Fähigkeiten und Interessen in die Lebensphase „Alter“ eintreten werden. Es wird von erheblichem Belang sein, die kommenden Generationen älterer Menschen für ein aktives Mitwirken an der Gestaltung des Gemeinwesens zu gewinnen.

In einer älter werdenden Gesellschaft tragen die Älteren in besonderem Maße gesellschaftliche Mitverantwortung. Als BAGSO

rufen wir die Älteren dazu auf, die Möglichkeiten der Teilhabe zu nutzen. Demokratie braucht aktive Demokratinnen und Demokraten aller Generationen. In unserem Land gibt es viele Möglichkeiten der Teilhabe und viele Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen, die die Chance nutzen und aktiv mitwirken. Das geschieht an vielen Orten in vielfältiger Form. Auch ältere Menschen bringen sich dort mit ihren Fähigkeiten und Erfahrungen zum Wohle der gesamten Gesellschaft ein. Wie andere Generationen wollen auch sie mit ihrem Engagement etwas Sinnvolles für sich selbst und andere bewirken. Ihr Engagement ist ein Gewinn für die Gesellschaft wie auch für die Engagierten selbst: Gebraucht zu werden und sich nützlich zu machen, steigert die Lebenszufriedenheit und trägt zur Gesunderhaltung bei. Die Gesellschaft profitiert wiederum von der Lebenserfahrung, den Kompetenzen, den vorhandenen Zeitressourcen, den Kontakten und dem politischen Gespür der älteren Generationen. Dieses Engagement gilt es zu festigen und zu verstärken.¹

Die BAGSO fordert daher: Alle älteren und alten Menschen müssen das Recht haben mitzureden, mitzuentcheiden und mitzugestalten. Die Übernahme von politischen Ämtern und konkreten politischen Gestaltungsaufgaben auch durch Ältere muss gewollt und möglich sein.

Zugleich ruft die BAGSO die älteren Generationen dazu auf, sich einzumischen und



¹ Vgl. BAGSO-Positionspapier „Älter und unverzichtbar! Engagement und Partizipation älterer Menschen stärken“, Dezember 2020.

Verantwortung zu übernehmen. Angesichts der aktuellen Herausforderungen und der Transformation vieler gesellschaftlicher Bereiche werden die Älteren dringend gebraucht. Sie werden auch gebraucht für eine Seniorenpolitik, die für die jetzigen und zukünftigen Generationen ein gutes Leben im Alter sichert.

1. Politik für ältere Menschen muss Politik mit älteren Menschen sein

Die Qualität von Seniorenpolitik hängt entscheidend davon ab, dass das Wissen und die Erfahrungen, die Fähigkeiten und Kompetenzen wie auch die Lebenssituation und die Bedarfe älterer Frauen und Männer angemessen einbezogen werden. Auf allen politischen Ebenen gibt es dazu Beteiligungsmöglichkeiten. Sie müssen gestärkt und ausgebaut werden. Ältere Menschen, die sich im Quartier, auf der kommunalen, der Landes- oder der Bundesebene in Organisationen, Initiativen oder Netzwerken zusammenschließen, sind die besten Anwältinnen und Anwälte in eigener Sache.

Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass Bedürfnisse, Fähigkeiten, Lebenslagen und Interessen der 60- bis über 100-Jährigen höchst unterschiedlich sind. Das Alter ist vielfältig: Es umfasst Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit Behinderung, Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierungen und Identitäten, Menschen in prekären Lebenssituationen wie auch Menschen mit gesichertem Einkommen, Menschen mit niedrigem oder hohem Bildungsabschluss, Menschen mit oder ohne Unterstützungsbedarf – sie alle sind ein

Teil der Älteren. Und das Alter umfasst weit mehr als nur *eine* Generation.

Von wachsender Bedeutung für eine Politik *für* und *mit* älteren Menschen ist die örtliche Ebene, denn alte Menschen sind in besonderer Weise auf eine an ihren Bedarfen und Erwartungen orientierte Infrastruktur in ihrer Kommune angewiesen. Darauf hebt auch der Siebte Altenbericht der Bundesregierung ab, der – ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips – Staat und Kommunen die Förderung des Bürgerengagements zuweist sowie die Eigen- und Mitverantwortung der Seniorinnen und Senioren betont.

Doch noch verfügen viele Kreise, Städte und Gemeinden weder über die strukturellen noch über die finanziellen Voraussetzungen, um den wachsenden Herausforderungen einer zeitgemäßen kommunalen Seniorenpolitik gerecht zu werden. Für eine kommunale Seniorenpolitik, die auf den Erhalt von Selbstständigkeit und Teilhabe abzielt sowie auf Mitverantwortung und Engagementförderung setzt, sind verbindliche Regelungen notwendig. Wir fordern den Gesetzgeber in Bund und Ländern auf, die Rahmenbedingungen für den Aufbau solcher Strukturen zu schaffen und dabei Zuständigkeit und Finanzierung verbindlich zu regeln.

2. Menschen sind nie zu alt, um sich in politischen Ämtern und Gremien zu engagieren

In einer repräsentativen Demokratie ist die Übernahme von politischen Ämtern ein wichtiges Instrument der Mitgestaltung. Menschen sollten sich unabhängig von

ihrem Lebensalter als gewählte Mitglieder in Parlamenten, kommunalen Räten oder Wahlämtern engagieren können. Das gilt besonders für die wachsende Gruppe der ab 70-Jährigen, die in den Parlamenten – ebenso wie die unter 40-Jährigen – unterrepräsentiert ist.²

Höchstaltersgrenzen für die Übernahme von Ämtern und Mandaten, ob sie beruflich oder ehrenamtlich ausgeübt werden, sind willkürlich und unangemessen. Wählerinnen und Wähler sollten entscheiden, wer ein Amt wie lange ausüben kann. Wichtig ist, dass Parteien und auch ihre Seniorenorganisationen geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für Ämter und Gremien benennen und sie bei ihrer Arbeit unterstützen.

Die so Gewählten werden aber nur dann eine wichtige Rolle in der Politik spielen, wenn sie nicht nur die Interessen ihrer eigenen Generation vertreten, sondern Verantwortung für das Ganze übernehmen und auch die Belange der Jüngeren im Blick haben. In der Regel haben gerade Ältere die persönliche Unabhängigkeit, dabei auch über die jeweilige Legislaturperiode hinaus zu denken.

3. Seniorenorganisationen sind die Stimme der Älteren

Zivilgesellschaftliches Engagement ist eine tragende Säule unserer Demokratie. 28,8 Mio. Menschen engagieren sich in Deutschland, davon etwa 8,7 Mio. im Alter von 65 Jahren und älter.³

Mit ihren verlässlichen Strukturen bieten Seniorenorganisationen, zu denen auch die Seniorenvertretungen⁴ gehören, die Voraussetzungen dafür, Dinge zum Besseren zu verändern. Dies tun sie beispielsweise, indem sie Gesetzesvorhaben bzw. Beschlussvorlagen und andere politische Initiativen konstruktiv kritisch und mit dem notwendigen Durchhaltevermögen begleiten oder indem sie ihre Expertise in bundes-, landes- wie auch in kommunalpolitisch relevante Gremien einbringen.

Die heutigen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen erfordern eine themenbezogene und klientelübergreifende Sichtweise. Mehr denn je geht es darum, Schnittmengen und Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Interessengruppen zu suchen – ganz besonders im Schulterchluss mit den jüngeren Generationen. Dies gilt beispielsweise für die Diskussion über notwendige Maßnahmen zum Schutz

2 Von den 709 Abgeordneten, die 2017 in den Deutschen Bundestag gewählt wurden, gehörten nur elf den Jahrgängen 1945 bis 1949 und nur acht den Jahrgängen 1940 bis 1944 an (vgl. https://www.bundestag.de/resource/blob/272472/6091c6dd2fee377c692200c044759787/Kapitel_03_01_Altersgliederung-pdf-data.pdf).

3 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys, 2019: https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Publikationen/5_Freiwilligensurvey_FWS_2019_-_BF.pdf

4 Seniorenvertretungen werden häufig auch Seniorenräte oder –beiräte genannt (s. Punkt 5).

des Klimas oder die langfristige Gestaltung der Altersvorsorge. Die Älteren wollen sich mit ihrer Lebenserfahrung und politischen Urteilskraft an der Lösung dieser und anderer Herausforderungen aktiv beteiligen und wünschen sich dazu den verstärkten Austausch mit den Jüngeren.

Auch die Bereitschaft älterer Menschen, sich solidarisch für die Belange der eigenen Generation (oder der noch Älteren) einzusetzen, muss gefördert werden. Es geht darum, die starke Generation der sog. Babyboomer (in Deutschland sind das die Jahrgänge 1955 bis 1969), die in den kommenden 15 Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheidet, für ein Engagement in Seniorenorganisationen zu gewinnen. Es gilt, bei ihnen ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es auch im Alter spannend ist, das Gemeinwesen mit zu gestalten. Kommt es doch gerade in dieser Lebensphase darauf an, etwas Gutes daraus machen.

4. Auf Bundes- und Landesebene sollten das Wissen und die Erfahrungen der Älteren gebündelt werden

Auf Bundesebene haben sich die Seniorenorganisationen in der BAGSO zusammengeschlossen, um dadurch ihr Wissen und ihre Erfahrungen zu bündeln und in die politischen Diskussionen einzubringen. Die überparteiliche Abstimmung und die Einbeziehung der Interessen der jüngeren Generationen verleiht der Stimme der BAGSO ein hohes Gewicht. Dieses gemeinsame Vorgehen wird – vor dem Hintergrund einer sich verändernden Kommunikation – immer mehr zur Voraussetzung dafür, in der Vielfalt

des gesellschaftlichen Diskurses wahrgenommen zu werden. Während der Corona-Pandemie konnte dadurch maßgeblich Einfluss auf Entscheidungen genommen werden, die das Leben älterer Menschen schwerwiegend beeinflusst haben.

Wir rufen die Seniorenorganisationen dazu auf, sich auch auf der Landesebene zu vernetzen, in den Seniorenvertretungen mitzuarbeiten, gemeinsame Positionen zu formulieren und zu vertreten und darüber den Austausch auch mit den Jugendorganisationen zu suchen.

Die in den vergangenen 15 Jahren entstandenen Landesseniorenmitwirkungsgesetze sehen ein solches Zusammenwirken von Seniorenorganisationen ausdrücklich vor: So sind im Landesseniorenbeirat Berlin sowohl die bezirklichen Seniorenvertretungen als auch die Seniorenorganisationen repräsentiert. In Hamburg können die Seniorenorganisationen Delegierte für die Seniorendelegiertenversammlung benennen. In Mecklenburg-Vorpommern ist der Landesseniorenbeirat aufgerufen, mit den Seniorenorganisationen zusammenzuarbeiten. Und in Thüringen werden die Mitglieder der Seniorenbeiräte auf Vorschlag der örtlich tätigen Seniorenorganisationen gewählt.

Ein anderes Beispiel für eine Vernetzung der relevanten Akteure auf Landesebene sind die alle ein bis zwei Jahre stattfindenden Altenparlamente in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Mit diesem Instrument gelingt es den Vertreterinnen und Vertretern von Seniorenorganisationen

und -vertretungen, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Kirchen, den Blick der politisch Verantwortlichen auf aktuelle seniorenpolitische Themen zu lenken. Dies hat in der Vergangenheit bereits zu wichtigen Entscheidungen der Landesregierungen und -parlamente beigetragen. Altenparlamente können so eine wichtige Ergänzung von Seniorenorganisationen und -vertretungen sein.

5. Die Arbeit von Seniorenvertretungen braucht klare und verbindliche Strukturen

Seniorenvertretungen sind parteipolitisch unabhängige Gremien, die die Mitgestaltung der Kommunalpolitik durch ältere Bürgerinnen und Bürger zum Ziel haben. Sie nehmen die Perspektive der Älteren ein, bündeln deren Interessen und beraten Politik und Verwaltung in seniorenspezifischen Fragen. Sie fordern ältere Menschen dazu auf, innerhalb und außerhalb von Kommunen, Institutionen und Organisationen Verantwortung zu übernehmen. Derzeit gibt es bundesweit etwa 1.300 kommunale Seniorenvertretungen.

Die BAGSO setzt sich dafür ein, die Arbeit von Seniorenvertretungen verbindlich auf Landesebene zu regeln. Dies kann durch Seniorenmitwirkungsgesetze (wie in Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen) oder im Rahmen der Gemeindeordnungen der Länder⁵ geschehen. Wichtig

ist, dass die Seniorenvertretungen Anhörungsrechte haben. Demokratische Strukturen, insbesondere die Konstituierung der Seniorenvertretungen durch Wahlen, stärken ihr Mandat und fördern das Selbstbewusstsein und die Motivation derjenigen, die sich in den Gremien engagieren. Darüber hinaus ist es für das Mandat der Seniorenvertretungen wichtig, dass sie die Vielfalt der Älteren repräsentieren.

Eine gesetzliche Regelung allein reicht allerdings nicht aus. Unabdingbar ist, dass diese Partizipation von Politik und Verwaltung auch gewollt ist und als Bereicherung gesehen wird, auf kommunaler ebenso wie auf Landesebene. Das lässt sich u. a. daran erkennen, ob sie in den Informationsfluss der Kommunal- und Landespolitik eingebunden sind und ob den Mitgliedern von Seniorenvertretungen die Nutzung von Räumlichkeiten sowie Weiterbildungen angeboten werden.

Es ist eine wichtige Aufgabe der Länder, die Arbeit der Landesseniorenvertretungen – als Zusammenschluss der kommunalen Seniorenvertretungen – aktiv zu unterstützen. Durch eine angemessene Ausstattung einer Geschäftsstelle müssen sie die Voraussetzung dafür schaffen, dass die Professionalität und Kontinuität der Arbeit der ehrenamtlichen Gremien sichergestellt sind.

⁵ Zumindest erwähnt wird die Arbeit von Seniorenvertretungen etwa in den Gemeindeordnungen von Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein. Die hier getroffenen Regelungen sind aus Sicht der BAGSO allerdings unzureichend.

6. Interesse an politischer Teilhabe muss geweckt werden

Politisches Engagement und die Übernahme von Verantwortung entstehen nicht im luftleeren Raum. Es braucht Ermöglichung und Ermutigung. Angebote der Bildung und Qualifizierung spielen dabei eine große Rolle.

Deutlich ausgebaut werden müssen Angebote der politischen Bildung. Sie tragen wesentlich dazu bei, über politische Sachverhalte informiert zu sein, eine eigene Position zu formulieren und die Motivation zum politischen Engagement zu erhöhen. Der alleinige Fokus der Bildungsangebote auf die jüngeren Generationen und auf Erwerbstätige greift zu kurz. Die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung wie auch die Weiterbildungseinrichtungen in der Fläche sollten – auch finanziell – darin bestärkt werden, Angebote der politischen Bildung für ältere Menschen zu entwickeln und bereitzustellen. Generationsübergreifende Ansätze und Formate sind wünschenswert.

Organisationen wie Vereine und Verbände sind gefordert, Qualifizierungsangebote bereitzuhalten, die an den Bedarfen der Engagierten ansetzen und sie für die Praxis stärken. Prozessbegleitung und Moderation von demokratischen Zielfindungs-, Planungs- und Entscheidungsprozessen können solche Angebote wirksam ergänzen.

Neue Formate der politischen Teilhabe wie z. B. der Bürgerrat⁶ können und sollen die repräsentative Demokratie nicht ersetzen, wohl aber dazu beitragen, Menschen für Politik zu interessieren und ihr Vertrauen in die Demokratie zu stärken. Bürgerräte werden durch staatliche oder kommunale Organe beauftragt, Lösungen zu kontroversen Themen zu finden. Mit ihrem Themenbezug und der Unbefangenheit der zufällig ausgewählten Mitglieder bieten sie gute Plattformen, um auf zivilgesellschaftlicher Ebene Themen öffentlich zu diskutieren, politische Entscheidungen vorzubereiten und deren Akzeptanz zu erhöhen. Gerade auf kommunaler Ebene lassen sich mit Hilfe dieser neuen Möglichkeiten der Beteiligung häufig gute, tragfähige Lösungen finden.

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Diese Sätze aus Artikel 20 des Grundgesetzes sind Bekenntnis und ständiger Auftrag. Denn die Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie ist eine Lebensform, die im Miteinander der Menschen in unserem Land Gestalt gewinnt. Wir alle sind dazu aufgerufen, mit unserem Engagement den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken und dauerhaft zu erhalten.

Dieses Positionspapier entstand auf der Grundlage eines Entwurfs der Fachkommission „Aktuelle Fragen der Seniorenpolitik“ und wurde im Oktober 2021 vom Vorstand der BAGSO verabschiedet.

⁶ Bürgerräte sind eine Form von Bürgerbeteiligung, bei der die Teilnehmenden ausgelost werden.

Die BAGSO – Stimme der Älteren

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen vertritt die Interessen der älteren Generationen in Deutschland. Sie setzt sich für ein aktives, selbstbestimmtes und möglichst gesundes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein. In der BAGSO sind rund 125 Vereine und Verbände der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen, die von älteren Menschen getragen werden oder die sich für die Belange Älterer engagieren.

Die BAGSO fördert ein differenziertes Bild vom Alter, das die vielfältigen Chancen eines

längeren Lebens ebenso einschließt wie Zeiten der Verletzlichkeit und Hilfe- bzw. Pflegebedürftigkeit. Gegenüber Politik, Gesellschaft und Wirtschaft tritt sie für Rahmenbedingungen ein, die ein gutes und würdevolles Leben im Alter ermöglichen – in Deutschland, in Europa und weltweit.

In Positionspapieren und Stellungnahmen gibt die BAGSO Anstöße und Empfehlungen für politisches Handeln in Bund, Ländern und Kommunen. Die BAGSO veröffentlicht eine Vielzahl von Publikationen zu unterschiedlichen Themen, die kostenfrei zu bestellen sind oder auf der BAGSO-Internetseite heruntergeladen werden können.

Herausgeber

**BAGSO
Bundesarbeitsgemeinschaft
der Seniorenorganisationen e.V.**

Noeggerathstr. 49
53111 Bonn
Telefon 0228 / 24 99 93-0
Fax 0228 / 24 99 93-20
kontakt@bagso.de

www.bagso.de
facebook.com/bagso.de
twitter.com/bagso_de

